



Monsanto & Co. via TTIP will hier niemand haben

Unsere Bevölkerung will sich, unsere Werte und Produkte vor US-Konzernen schützen.

VERENA DAUM-KUZMANOVIC
E-Mail: verena.daum-kuzmanovic@vorarlbergnachrichten.at
Telefon: 05572/501-337

SCHWARZACH. Und nur darum geht es! Niemand ist grundsätzlich gegen fairen und transparent ausverhandelten Freihandel. Aber geschlossen sind Bürgerinnen und Bürger gegen den privilegierten Zugang von Konzern-Multis und deren Lobbyisten zu den

geheimen Verhandlungen von Freihandelsabkommen wie dem TTIP. Mit der Investorenschutzklausel können Staaten von Konzernen auf „geschätzten“ Profitgang geklagt werden, wenn ihnen etwa Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze zuwiderlaufen. NGOs wie Greenpeace oder auch die Initiative unserer FHV-Studenten, die im Mai eine weitere Großdemo gegen Monsanto & Co. plant, warnen vor dem erneuten Invasionsversuch der US-Konzern-Multis über die „Hintertür“ Freihandelsabkommen“. Sie zeigen die möglichen

„Freihandelsabkommen kommt nicht zustande“



„Wenn, dann nur als Scheinabkommen ohne Investorenschutz“, sagte der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler am 20. Mai 2014 den VN-Lesern.

negativen Auswirkungen auf 500 Millionen betroffene EU-Bürger auf, in der Lebensmittelsicherheit, der Landwirtschaft, im Umwelt- und Verbraucherschutz und auf unsere Demokratien. Denn es bestünde so die Möglichkeit der Aushebelung unseres bestehenden Rechtssystems. Während Umweltsenator Johannes Rauch, alles „in meiner Macht Stehende“ wird, um den Investorenschutz im Freihandelsabkommen zu Fall zu bringen, halten auch Landeshauptmann Markus Wallner, Bundeskanzler Werner Faymann und Landwirtschaftsminister André Rupprechter die Investorenschutzklausel für verzichtbar.

wegen Gesetzesänderungen zu verschärften Warnhinweisen klagte. Dass dieses „right to regulate“ ausreichend, wird von Kritikern stark bezweifelt. Sie fordern den Fall der Investorenschutzklausel, die zwischen Rechtsstaaten völlig unnötig ist.

Auch Chancen sehen
Eine sachliche Diskussionen wünscht sich die Exportwirtschaft und wirbt mit neuen Arbeitsplätzen. Die Skepsis der Bürger ist beim von Konzern-Multis rigoros praktizierten Stellenabbau und Verlagerung in Billiglöhnländer nachvollziehbar. Da sich aber bereits weite Teile der US-Bevölkerung von Monsanto & Co. angewidert zeigen, sieht Landwirtschaftsminister André Rupprechter gute Chancen für österreichische Qualitätsprodukte und Spezialitäten in einer „fairen und ausgewogenen Handelsbeziehung“ ohne Investorenschutz und Schiedsgerichte, die demokratische Prinzipien infrage stellen. „Wir brauchen kein US-Hormonfleisch, doch unsere gentechnikfreien Bio-Produkte haben auf dem US-Markt beste Chancen“, betonte er im VN-Gespräch.

„Right to regulate“ reicht nicht
Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner betont ebenfalls, unsere Standards gesichert haben zu wollen, wies aber darauf hin, dass bereits im CETA-Abkommen mit Kanada, welches als Vorbild für TTIP gilt, das „right to regulate“ aufgenommen wurde. Damit sollen solche Fälle wie in Australien verhindert werden, wo ein Zigarettenhersteller den Staat

TTIP. Meinungen der Leser

Ich bin von der wahrhaftigen Courage der Vorarlberger Bevölkerung überwältigt. Es ist für mich eine große Freude, dass ich Tag für Tag in den Vorarlberger Nachrichten die berechtigten Ängste und Sorgen meiner Mitbürgerinnen und Mitbürger bezüglich dieses transatlantischen Freihandelsabkommens lesen kann. Wenngleich ich das Engagement der Vorarlberger sehr schätze, möchte ich mit den sehr treffenden Worten einer Wienerin, Xin Li, schließen: Wir brauchen dieses Abkommen nicht. Wir wollen dieses Abkommen verhindern.

Alexander Morscher, Feldkirch

Nein, nein und nochmals nein! Kein Freihandelsabkommen, weder TTIP noch CETA noch TISA!

Anneliese und Balder Burghard, Feldkirch

Nein, kein Freihandelsabkommen! Da verdienen nur die Konzerne, unsere Bauern gehen kaputt. Die Industrie will immer mehr und mehr, hört das nie auf? Ich kann unserem Landwirtschaftskammer-Präsidenten, Herrn Josef Moosbrugger, nur zustimmen!

Ingeborg Pfeifer, Feldkirch

Nein zu TTIP! Es gibt bereits hohe Rechtssicherheit und kaum Zölle. Das TTIP ist verzichtbar. Es dient nur dazu, die Standorte noch härter gegeneinander auszuspielen.

Rainer Walsler, Dalaas

Bezüglich Freihandelsabkommen TTIP schließe ich mich Xin Li und Sibylle Büsel an: Wir brauchen dieses Abkommen nicht. Wir wollen dieses Abkommen

nicht. Wir müssen dieses Abkommen verhindern.

Mina Müller, Dornbirn

Ja, TTIP nur ohne Investorenschutzklausel. Ich wünsche mir eigentlich kein TTIP, TISA und CETA, sondern gesetzlich geregelte, der Wahrheit entsprechende und nachvollziehbare Ursprungs- und Herkunftsbezeichnungen für alle Waren, besonders aber für Lebensmittel.

Kurt Heinze, Lustenau

Auch die Gemeinde Bartholomäberg hat sich in der GV-Sitzung am 2. Februar 2014 einstimmig als „TIP/CETA/TISA-freie Gemeinde“ erklärt. Somit sind das in Vorarlberg sieben Gemeinden. Meines Erachtens noch viel zu wenig! Es sind alle Lebensbereiche von diesen Abkommen betroffen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Wasser, Umwelt, Landwirtschaft, Transporte, öffentliche Verkehr, Kultur, Abfallwirtschaft, Altenpflege usw. Großkonzerne haben nicht nur Firmen und Privaten gegenüber Klagerechte, sondern auch gegenüber Staaten oder Gemeinden usw., wenn ihnen z.B. die Umweltstandards oder Gesetze nicht passen. Entschieden wird das dann von privaten Gerichten, die in den USA oder Kanada sind! Brauchen wir das?

Kleopatra Lorez, Bartholomäberg

Zum Freihandelsabkommen TTIP: Wir möchten Ihnen hiermit mitteilen, dass wir nur für ein Freihandelsabkommen ohne Investorenschutz und ohne Schiedsgerichte sind.

Werner Berkold und Waltraud Waibel, Schwarzach

VN-LESERVOTUM

Freihandelsabkommen nur ohne Investorenschutz und Schiedsgerichten?

Ja Nein

Ihr Kommentar:

So beteiligen Sie sich am VN-Leservotum:
E-Mail: leservotum@vorarlbergnachrichten.at
Post: Senden Sie diesen Kupon an VN-Redaktion, Gutenbergstraße 1, 6858 Schwarzach
Fax: 05572/501-227
Facebook: www.facebook.com/VorarlbergerNachrichten
Online: www.vorarlbergnachrichten.at/leservotum



Vorname, Familienname

Wohnort

Rückrufnummer (wird nicht veröffentlicht)

» SERVICE. Das aktuelle Recht

Neue Informationen zur Immobilienertragsteuer

Nach dem Einkommensteuergesetz sind Veräußerungen von Eigenheimen oder Wohnungen samt Grund und Boden von der Immobilienertragsteuer befreit, wenn sie dem Veräußerer entweder von der Anschaffung (oder Herstellung) bis zur Veräußerung für mindestens zwei Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz oder innerhalb der letzten zehn Jahre vor der Veräußerung mindestens fünf Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz gedient haben (= Hauptwohnsitzbefreiung).

Aufgabe des Hauptwohnsitzes
Zweck der Hauptwohnsitzbefreiung ist, dass der Erlös aus der Veräußerung des alten, ungeschmälerter zur Schaffung eines neuen Wohnsitzes zur Verfügung stehen soll. Vor-

aussetzung ist in beiden Fällen, dass der Hauptwohnsitz aufgegeben wird. Nach den Einkommensteuerrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen ist dabei eine einjährige Toleranzfrist zur tatsächlichen Aufgabe des Hauptwohnsitzes zulässig.

Hauptwohnsitzbefreiung
Das Bundesfinanzgericht (BFG) hat in mehreren Fällen entschieden, dass die starre einjährige Toleranzfrist gesetzlich nicht gedeckt und im Einzelfall auch eine längere Frist möglich ist. Aufgrund der vom BFG festgesetzten Kriterien (u. a. Vereinbarung im Kaufvertrag, Instandsetzungsarbeiten innerhalb eines angemessenen Zeitraums, Schaffung eines neuen Hauptwohnsitzes von Anfang an gewollt) ist daher in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die einjährige Toleranzfrist nicht überschritten werden kann.

Dem Verkäufer, der sich auf eine längere Toleranzfrist berufen will, ist daher zu empfehlen, entsprechende Regelungen im Kaufvertrag vorzusehen, um die Hauptwohnsitzbefreiung in Anspruch nehmen zu können.



MMag. Dr. Gregor Lässer, Rechtsanwalt in Dornbirn.

Ein „Jubiläumsspender“

Jürgen Winkler ließ sich typisieren und konnte einer Leukämiepatientin helfen.

SCHRUMS. (VN) Bei einem Einkauf im Messepark Dornbirn wurde Jürgen Winkler auf eine Typisierungsaktion des Vereins „Geben für Leben“ aufmerksam. Ohne Zögern ließ sich der 38-Jährige typisieren. Drei Jahre später erhielt er die traurige Nachricht, dass sein Freund, ein zweifacher Familienvater, im Alter von 48 Jahren an Krebs gestorben ist. Zehn Minuten danach rief die Stammzellspendezentrale Wien an, dass er für eine 38jährige Amerikanerin als Stammzellspender passen würde. Eine Berg- und Talfahrt der Gefühle begann. Einerseits war es die Trauer über den Tod seines Freundes, andererseits aber auch Freude, ein Leben retten zu können.

Guter Verlauf
Am 2. Februar dieses Jahres war es dann so weit. Jürgen Winkler spendete seine gesunden Stammzellen. Der Eingriff für die Spende wurde im AKH Wien vorgenommen. Der Vorgang dauerte rund fünf Stunden und verlief so gut, dass Stammzellen entnommen werden konnten, die sogar für zwei Transplan-



Susanne Marosch freute sich, Jürgen Winkler den „Geben für Leben“-Award überreichen zu können. FOTOS: PRIVAT

tationen reichen würden. „Am 12. Februar lernten wir Jürgen kennen“, erzählt Susanne Marosch, Erbfrau des Vereins „Geben für Leben“.



Jürgen Winkler im AKH. Er überstand die Spende bestens.

Er ist verheiratet und wohnt in Diepoldsau. Bei diesem Besuch überreichte ihm Marosch den „Geben für Leben“-Award und eine Urkunde für den großartigen Einsatz.

In den letzten 15 Jahren konnte der Verein dank der finanziellen Unterstützung der Bevölkerung über 16.000 Typisierungen durchführen. „Jürgen Winkler ist unser 20. Spender“, merkt Susanne Marosch noch an und ergänzt: „Wir sind unglaublich dankbar, dass einer weiteren Leukämiepatientin geholfen werden konnte.“ Jetzt hofft Marosch auf weitere Unterstützung, damit noch viele Leben gerettet werden können, wie sie sagt.

Gefährliche Straßenstelle in Wolfurt

WOLFURT. An der viel befahrenen Wolfurter Achstraße, kurz vor Lauterach, liegt die Bushaltestelle „Im Wida“, die auch von Schülern stark frequentiert ist. Und um die sorgt sich ein Nutzer des Bürgerforums: „Gerade morgens wird es für Kinder auf dem Weg zur Schule gefährlich, da es in dem dichten Berufsverkehr kaum möglich ist, sicher über die Straße zu kommen.“ An zu kurzen Gehsteigen und einem fehlenden Zebrastreifen macht er die Ursachen des Problems fest. Eine Lösung scheint nicht unmittelbar in Sicht, das Problem ist jedoch bekannt. „Das Thema wurde mehrmals behandelt“, heißt es aus dem Wolfurter Gemeindeforum. „Gemeinderat Hans Petz ist diesbezüglich aktuell in der Abklärung mit der BH Bregenz.“

Bürgerbeteiligung war noch nie so einfach!
Mehr unter buergerforum.vor.at



Zebrastreifen fürs sichere Überqueren wird gefordert. VN/PES